
NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 4

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen am 27.11.2007

Raum 124, Dienstgebäude Platanenallee

Beginn 16:05 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Jens Hebebrand
Wolfgang Kerak
Hans-Jörg Piasecki
Detlef Schwerdt
Heinz Steffen
Walter Teumert
Martin Wiggermann
Wolfgang Barrenbrügge
Jörg-Uwe Ebner
Wilhelm Jasperneite
Helmut Krause
Hanne-Luise Schacht
Ursula Sopora
Herbert Goldmann
Andrea Hosang
Michael Klostermann
Karin Goddinger
Hildegard Rüwald
Elsbeth Kiel
Klaus-Jürgen Paul

Von der Verwaltung:

Herr Kreisdirektor Stratmann
Herr Appel, L FD 10
Herr Vertgewall, Schriftführer

Gäste- und Zuhörer:

Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion
weitere Mitarbeiter des FD 10

Herr Barrenbrügge begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses mit. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

198/07

Budgetbericht zum Stichtag 30.09.2007

Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen

Punkt 2

201/07

Vermögens- und Schuldenübersicht zum Stichtag 01.01.2007

Punkt 3

191/07

Auswirkungen der Verwaltungsstrukturreform in der Landesverwaltung sowie des Bürokratieabbaugesetzes für die Kreisverwaltung Unna

Punkt 4

193/07

Möglichkeit zur Beendigung der Mitgliedschaft des Kreises Unna im Regionalverband Ruhr (RVR)

Punkt 5

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

198/07

Budgetbericht zum Stichtag 30.09.2007

Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen

Erörterung

Herr Kreisdirektor Stratmann weist zu Beginn seines Berichtes auf die umfangreiche Vorlage hin.

Es gebe bedauerlicherweise zwei große Positionen, die sich negativ auf die Entwicklung des Kreishaushaltes

auswirken. Ein wesentlicher Aspekt stelle die Einnahmeverminderung von etwa 4,4 Mio. € dar, die aufgrund der Änderungen des Verteilungsmaßstabes bei der Landesersparnis bei den Wohngeldausgaben zu verzeichnen sei. Gegen den zwischenzeitlich hierzu eingegangenen Bescheid habe man Widerspruch beim Regierungspräsidenten Arnsberg eingelegt, da man davon ausgehe, dass unterschiedliche Zahlen für die Berechnung zugrunde gelegt worden seien und u. a. der Kreis Unna dadurch benachteiligt werde. Zwar müsse davon ausgegangen werden, dass dem Widerspruch nicht abgeholfen werde, für den Fall behalte man sich jedoch weiterhin den Klageweg vor. Hierzu werde es am 12.12.2007 ein erstes Gespräch mit weiteren betroffenen Kreisen und kreisfreien Städten geben.

Neben den Mindereinnahmen müsse im Sozialbereich, insbesondere bei den Kosten der Unterkunft, mit höheren Ausgaben im Umfang von etwa 2,3 Mio. € gerechnet werden.

Zwischenzeitlich habe man befürchten müssen, gegen eine im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes gestellte Auflage zu verstoßen, weshalb bereits Gespräche mit dem Regierungspräsidenten geführt worden seien. Durch eine Vorabausschüttung bei der VBU werde man dieses Problem aber aller Voraussicht nach umgehen können und zum Ende des Jahres bei einem um etwa 4 Mio. € höheren Defizit liegen. Unabhängig davon müsse man aber auch sehen, so Herr Kreisdirektor Stratmann, dass an vielen Stellen gut gearbeitet und gewirtschaftet worden sei. Alleine bei den Personalkosten habe man knapp 500 T€ einsparen können. Aufgrund der negativen Positionen werde man dieses aber leider nicht im Gesamtergebnis wahrnehmen.

Auf eine Anmerkung von Herrn Barrenbrügge weist Herr Kreisdirektor Stratmann darauf hin, dass man ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt hätte, wenn es nicht zu einer Änderung des Verteilungsmaßstabes gekommen wäre. Folge dessen sei natürlich auch eine Erhöhung des Altdefizites.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen nimmt den Budgetbericht des Kreiskämmerers zur Kenntnis und fasst darüber hinaus nachstehenden

Beschluss

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

1. Den überplanmäßigen Aufwendungen im Budget 50 – Arbeit und Soziales – in Höhe von insgesamt **2.480.000 €** wird gemäß § 83 GO NW i.V.m. § 26 Abs. 1 Ziff. g) KrO NW und § 10 Ziff. 5 der Haushaltssatzung 2007 zugestimmt.
2. Den überplanmäßigen Aufwendungen im Budget 69 – Natur und Umwelt – in Höhe von insgesamt **603.000 €** wird gemäß § 83 GO NW i.V.m. § 26 Abs. 1 Ziff. g) KrO NW und §10 Ziff. 5 der Haushaltssatzung 2007 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 2

201/07

Vermögens- und Schuldenübersicht zum Stichtag 01.01.2007

Erörterung

Herr Appel erläutert ausführlich die Sitzungsvorlage Nr. 201/07 und ergänzt, dass es sich hierbei um eine Fortentwicklung der in der letzten Ausschusssitzung am 10.09.2007 präsentierten Übersicht handele. Aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen des NKF-Einführungsgesetzes sei diese Vorlage im Rahmen der Teilumstellung notwendig, um dem Kreistag Kenntnis von der vorläufigen Vermögens- und Schuldenübersicht zu geben. Hierbei handele es sich noch nicht um den endgültigen Stand. Bis zum Erreichen der Eröffnungsbilanz am 01.01.2009 werde es noch einige Veränderungen geben.

Herr Appel geht im Anschluss noch einmal kurz auf die wesentlichen Veränderungen ein und beantwortet in dem Zusammenhang Fragen aus Reihen des Ausschusses.

Im Arbeitskreis der CDU-Fraktion, so Herr Jasperneite, sei, auch im Vorgriff auf die noch zu behandelnde Vorlage zur Möglichkeit der Beendigung der Mitgliedschaft des Kreises Unna im Regionalverband Ruhr (RVR), die rege Diskussion geführt worden, ob es möglicherweise Vermögensanteile des Kreises am RVR oder beispielsweise auch am Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) gebe, die in der Bilanz des Kreises Unna aufgeführt werden müssten.

Herr Kreisdirektor Stratmann teilt hierzu mit, dass sowohl der RVR als auch der LWL öffentlich-rechtliche Körperschaften seien, die ebenso wie beispielsweise der Kreis Unna Selbstverwaltungsrechte wahrnehmen. Insofern könne der Kreis auch keine Vermögensanteile vom RVR oder LWL in die eigene Bilanz aufnehmen. Gedanken darüber müsse man sich erst dann machen, wenn eine Beendigung der Mitgliedschaft im RVR anstehe oder es gar zu einer Auflösung des Landschaftsverbandes käme.

Herr Kreisdirektor Stratmann und Herr Appel gehen zum Abschluss noch einmal auf Fragen zur Eigenkapitalsquote ein.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen nimmt die vorläufige Vermögens- und Schuldenübersicht zum Stichtag 01.01.2007 zur Kenntnis.

Punkt 3

191/07

Auswirkungen der Verwaltungsstrukturreform in der Landesverwaltung sowie des Bürokratieabbaugesetzes für die Kreisverwaltung Unna

Erörterung

Herr Kreisdirektor Stratmann weist darauf hin, dass die Aufgaben der Versorgungs- und Teilbereiche der Umweltverwaltung zum 01.01.2008 auf den Kreis Unna übergehen. Das derzeit beim Land mit den Aufgaben

betraute Personal werde auf den Kreis Unna übertragen. Insbesondere für den Bereich des Schwerbehindertenrechts werde man im barrierefreien Kreishaus entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. Die bislang dort untergebrachten Bereiche der Sozialverwaltung werden mit Auszug der ARGE aus dem Dienstgebäude HansasträÙe 4 nach dorthin umziehen.

Wichtig sei, dass das im Gesetz verankerte Konnexitätsprinzip streng eingehalten werde und demnach auch sämtliche Sach- und Personalkosten auf Dauer vom Land getragen werden. Man übernehme die Aufgabe gerne, werde sich aber bei einer Nichteinhaltung der Vereinbarungen rechtliche Schritte vorbehalten, so Herr Kreisdirektor Stratmann.

In der Vorlage sei man auch auf die Auswirkungen des Bürokratieabbaugesetzes II eingegangen. Wesentliches Merkmal stelle hierbei das bis auf wenige Ausnahmen abgeschaffte Widerspruchsverfahren im Anwendungsbereich des Verwaltungsverfahrensgesetzes dar. Hinweise gebe es derzeit darauf, dass zwar im Bereich der Widerspruchsbearbeitung Stellen eingespart werden könnten, welche Auswirkungen sich jedoch auf die Stabsstelle Rechtsangelegenheiten ergeben, müsse zunächst abgewartet werden. Den Bürgern werde man weiterhin entgegenkommen und ihnen die Möglichkeit einräumen, sich bei Unklarheiten zunächst noch an die Bescheid erlassende Behörde zu wenden, um durch ein weiteres Gespräch ggfls. zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen.

Darüber hinaus habe es eine Änderung hinsichtlich der Schwellenwerte für mittlere und große kreisangehörige Städte gegeben mit dem Ergebnis, dass nunmehr auch eine Einstufung auf Antrag möglich sei. Ob und inwieweit die hiervon betroffenen Städte Bergkamen und Fröndenberg von einem Antragsrecht Gebrauch machten, wisse man derzeit noch nicht. Bislang habe es diesbezüglich noch keine formellen Gespräche gegeben.

Herr Kreisdirektor Stratmann weist in dem Zusammenhang ausdrücklich darauf hin, dass er im Falle einer Aufgabenübernahme ganz klar erwarte, dass das Fachpersonal des Kreises von den Kommunen übernommen werde und nennt beispielhaft die Übernahme der Aufgaben der unteren Bauaufsichtsbehörde durch die Stadt Fröndenberg.

Anschließend gehen sowohl der Kreisdirektor als auch Herr Appel kurz auf Nachfragen aus Reihen des Ausschusses ein. Dieser nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 4

193/07

Möglichkeit zur Beendigung der Mitgliedschaft des Kreises Unna im Regionalverband Ruhr (RVR)

Erörterung

Herr Kreisdirektor Stratmann geht kurz auf die Vorlage Nr. 193/07 ein und weist darauf hin, dass es sich hierbei um einen ersten Aufschlag von Seiten der Verwaltung handele und die Informationen beinhalte, die dem Kreis Unna bislang vorlägen. Nun werde es darum gehen, eine politische Bewertung der Angelegenheit

vorzunehmen.

Herr Kerak ergänzt, dass Anlass der Diskussion ein Kreistagsbeschluss des Kreises Wesel sei, die RVR-Mitgliedschaft zu beenden. Eine Aufarbeitung sei aufgrund dieser Diskussion nun auch im Kreis Unna notwendig, mit dem Ziel, eine Entscheidung zu treffen.

Es mache ihn ein wenig nachdenklich, so Herr Barrenbrügge, ob tatsächlich alles aufbereitet worden sei oder ob es nicht noch weitere Risiken gebe, die es zu beachten gelte. Um dieses auszuschließen, so Herr Kreisdirektor Stratmann, werde es in der eigens gebildeten Arbeitsgruppe beim RVR noch zu einer Nachbearbeitung kommen.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen trifft keine Entscheidung und nimmt die Sitzungsvorlage zur Kenntnis.

Punkt 5

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen ergeben sich nicht.

Ende der Sitzung: 16.50 Uhr

Barrenbrügge

Vorsitzender

Vertgewall

Schriftführer

